

Staat und Kirche in Deutschland.

Vor der Einführung des Reichsbischofs.

K. Berlin, 23. Sept. (Privattel.) Als Abschluß zu der Reichstagung der Deutschen Christen fand gestern im Reichstagsgebäude in der Kroll-Oper eine Festigung statt, die gleichsam als Auftakt für die heute bestimmte Einführung des Reichsbischofs zu gelten hat. Die Einleitung bildete die Ouvertüre aus Mozarts „Titus“, worauf Dr. Sinder, der Reichsführer der Deutschen Christen in einer Rede noch einmal vor aller Welt die Bedeutung, Ziele und Aufgaben der von ihm geführten Bewegung auseinandersetzte. Dann sang Rosalinde von Schirach, die Schwester des Hitlerjugendführers Baldur von Schirach, zwei Lieder, und der Reichswalter der Reichskirchenregierung Ministerialdirektor Jäger betrat das Pult, um über die Bedeutung der Einführung des Reichsbischofs und die damit zusammenhängenden kirchlichen Organisationsfragen zu sprechen. Auch hier wieder die starke Betonung der einigen Evangelischen Kirche, aber auch das Eingeständnis, daß solche Dinge nicht aus Zwang und nicht aus Verordnung kommen können. Zum Schluß eine längere Rede von Reichsbischof Müller, der gleichfalls von der Einheit sprach, die inhaltsvoll zu gestalten sei, „daß durch die treue Arbeit in der Verkündigung der frohen Botschaft von Christus dem Gekreuzigten und Auferstandenen die Wege geebnet werden für das Sichfinden der ganzen deutschen evangelischen Christenheit“.

Es ist auffallend, wie kurz und trocken die Berliner Presse über die ganze Veranstaltung der Deutschen Christen referiert. Am heutigen Morgen findet sich nur im „Berliner Tageblatt“ ein Artikel, der sich mit der Bedeutung der Einführung des Reichsbischofs beschäftigt.

Der Dienst der Geistlichen.

K. Berlin, 23. Sept. (Privattel.) Beinahe unmerklich von der Öffentlichkeit hat sich eine für den Streit in der deutschen Evangelischen Kirche sehr wichtige Tatsache ereignet. Die Reichskirchenregierung hat den vom 9. August 1934 bestimmten Diensteid für die Geistlichen und kirchlichen Beamten wieder aufgehoben. Nach einer Mitteilung des „Gesetzesblattes der Deutschen Evangelischen Kirche“ vom 14. September 1934 hebt eine Verordnung des Reichswalters der Reichskirche den Paragraphen 2 des Gesetzes vom 9. Februar 1934 auf. Nach diesem Artikel sollten die kirchlichen Beamten den Diensteid auch dahin schwören, daß sie allen Anordnungen der Reichskirchenregierung zu folgen hätten. Nun lautet auch der Diensteid der Angestellten und Geistlichen der Kirche gemäß dem Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht vom 20. August 1934 folgendermaßen: „Ich schwöre: ich werde dem Führer des deutschen Volkes Adolf Hitler treu und gehorham sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe“. Dieser Eid muß von den kirchlichen Beamten geschworen werden; er enthält also nicht mehr die von der Opposition erbittert umstrittene Forderung des Gehorsams gegenüber der Kirchenregierung. Doch nicht genug damit; es scheint, daß die Kirchenregierung auch bezüglich des Eides der Geistlichen selbst den Rückzug antritt. Denn auch hier ist eine Änderung geplant. Die oben genannte Verordnung des Reichswalters der Reichskirchenregierung schließt mit dem Hinweis: „Ueber die Vereidigung der Geistlichen ergeht besondere Entscheidung.“

Eine neue Maßregelung wird bekannt: Prof. Sinder, früher Theologieprofessor an der Berliner Universität und seit langem Leiter des Evangelischen Presseverbandes, wurde von der Reichskirchenregierung kaltgestellt. Der Evangelische Presseverband hat objektiv über alle kirchlichen Vorgänge berichtet. Nun wird auf Anweisung der Reichskirchenregierung jede Beziehung zu Prof. Sinderer abgebrochen.

Kein Zwang zum Religionsunterricht.

(-) Berlin, 22. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, hat das Volksbildungsministerium von Sachsen angeordnet, daß bis zu einer reichsgesetzlichen Regelung davon abgesehen sei, die Teilnahme von Schülern am Religionsunterricht durch Strafe oder durch zwangsweise Zuführung der Schüler zu erzwingen, wenn die Kinder nachweislich auf ausdrückliches Verlangen der Erziehungspflichtigen fernbleiben. Bereits erlassene Strafverordnungen sollen zurückgezogen werden. Auch in einigen vor den ordentlichen Gerichten ausgetragenen Fällen in Preußen haben die Gerichte den Standpunkt angenommen, daß die Eltern nach wie vor berechtigt seien, ihre Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten. Das sächsische Volksbildungsministerium sowie andere deutsche Länder und auch einige preußische Regierungsbezirke hatten die Verpflichtung zur Teilnahme an Religionsunterricht ausgesprochen.

Eine neue Theologenschule.

K. Berlin, 23. Sept. (Privattel.) Wie wir erfahren, wird in dem Augustinerkloster zu Erfurt, aus dem einst Martin Luther hervorging, eine Hauptbildungsstätte für besonders qualifizierte Theologen gegründet. Es soll hier eine Auslese unter dem geistlichen Nachwuchs des Protestantismus sein, und die kommenden Bischöfe sollen hier herangebildet werden.

Die Haltung der süddeutschen Landeskirchen.

Stuttgart, 22. Sept. (United Press.) Wie die United Press erfährt, haben bis jetzt über 90 Prozent der Pastoren und Gemeinden dem Landesbischof Wurm mitgeteilt, daß sie ihm Gefolgschaft leisten werden. Die Anordnungen und Schreiben der kommissarischen landeskirchlichen Verwaltung werden von den meisten Pastoren ungeöffnet zurückgeschickt. — Wie jetzt erst bekannt wird, wurde über den Landesbischof Wurm vom 8. bis 11. September Polizeihaft verhängt, die er in seiner Wohnung abfügen mußte.

München, 22. Sept. (United Press.) Die Gauleitung der nationalsozialistischen Partei in Franken hat dem bayerischen Landesbischof Meiser verboten, seiner Ankündigung gemäß morgen in Ansbach zu predigen. Die Predigt Meisers sollte angeblich gegen die kirchlichen Vereinheitlichungspläne des Reichsbischofs Müller gerichtet sein. Wie die United Press erfährt, ist Meiser trotz diesem Verbot der fränkischen Gauleitung nach Ansbach abgereist, um dort, wie er bereits verlauten ließ, unter allen Umständen seine Predigt zu halten.

Montag, 24. September 1934.

Erscheint wöchentlich siebenmal

Abonnementpreise

Für Basel
und die ganze Schweiz:
1 Monat. . . Fr. 3.—
3 Monate . . . 8.—
6 . . . 15.50
12 . . . 30.—

Bei Postabonnements
30 Cts. Zuschlag.

Unter persönlicher Adresse
Zuschlag.

Für das Ausland Post-
zuschlag; wo Postabonne-
ment möglich, entsprechend
billiger.

Basler Nachrichten

Redaktion:

Dufourstraße 40. * Telephon 21.860

Finanz- und

(Intelligenzblatt)

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichtshaus N.-G. Telephon 24.159. — Annoncen

Morgenblatt.

Die heutige Nummer enthält 1 Beilage

Neuestes.

Die Samstagssitzung der Politischen Kommission der Völkerbundsversammlung war ausgefüllt mit verschiedenen Antworten auf die scharfen Angriffe des ungarischen Delegierten von Eckhardt auf die rumänische Minderheitenpolitik.

In einem Schreiben an den Generalsekretär des

Das amtliche Communiqué über den französischen Ministerrat vom Samstag erwähnt die Affäre Prince nicht. Unterdessen verschärfen sich die Angriffe der Presse auf Justizminister Gervais.

Als Folge des Rücktritts des Generals O'Donnell vom Vorsitz der Vereinigten Irlandpartei und von der Leitung der Blauhemden erwartet man eine Spaltung der irischen Opposition.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben die Gewerkschaftsführer auf eine Intervention Roosevelts hin den Befehl zum Abbruch des Streiks in der Textilindustrie gegeben.

In Washington wurden ganz unerwartet die russisch-amerikanischen Schuldenverhandlungen zwischen Staatssekretär Hull und Botschafter Trowanowski wieder aufgenommen.

Die durch Chiles Haltung zum Chaco-Konflikt hervorgerufene Spannung zwischen Chile und Paraguay wurde durch direkte Verhandlungen behoben.

Schukdebatte in Genf.

en für die Lösung der schwierigen Probleme Zentral- und Osteuropas erforderlich sei.

er Die Minderheitendebatte wird am Montag fortgesetzt.

Aus anderen Kommissionen.

Die Frage der Herabsetzung der Beiträge.

(-) Genf, 22. Sept. In der Budget- und Finanzkommission der Völkerbundsversammlung, deren Sitzung sich heute bis in die späten Nachtstunden hinzog, verlangten mehrere Länder, darunter Kuba, China, Uruguay, Indien, Australien und Kolumbien eine Herabsetzung der Mitgliederbeiträge des Völkerbundes. China verlangte, daß seine Beiträge um die Hälfte herabgesetzt würden, und zwar rückwirkend von 1931 ab. Die Staaten begründeten ihre Forderung damit, daß es ihnen infolge der Wirtschaftskrise und der Depressionen nicht möglich sei, die Beiträge in der bisherigen Höhe weiter zu leisten.

Verschiebung der Behandlung der Frauenfrage.

Genf, 23. Sept. Abg. Das unter dem Vorsitz von Präsident Sandler versammelte Bureau der Völkerbundsversammlung beschloß, die Frage der Gleichberechtigung der Frauen auf dem Gebiet der Nationalität, die bereits an früheren Völkerbundsversammlungen behandelt wurde, auf die Tagesordnung der nächstjährigen Session zu setzen. Litwinow (Sowjetrußland), Dufsky (Tschechoslowakei), Kemal Süsnü Bei (Türkei), Majero (Mexiko), Cantilo (Argentinien) sowie einige andere Delegierte hatten in einer Eingabe an den Präsidenten verlangt, daß entsprechend dem Wunsche verschiedener internationaler Frauenorganisationen diese Frage neuerdings von der Völkerbundsversammlung behandelt werde.

Völkerbund und Saarabstimmung.

Um die Freiheit der Abstimmung.

Genf, 22. Sept. Abg. Der Präsident der Abstimmungskommission des Saargebietes hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben nebst Anhang betreffend die freie Ausübung der Stimmabgabe und ein vom Reichsinnenminister am 14. Juli 1934 an die Regierungen der deutschen Länder und an eine Reihe anderer deutscher Behörden verschicktes Rundschreiben gerichtet. Dieses Rundschreiben enthält ein Verfahren, das die Abstimmungskommission nicht unberührt lassen kann und das zu der Annahme berechtigt, daß ein gewisser Druck auf die Stimmfreiheit ausgeübt werde.

Anno und die Deutsche Front.

Saarbrücken, 22. Sept. Abg. Das Deutsche Nachrichten-